

Freitag, 28. April 1978

Blatt 1004

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:
(rosa)

Stadtbahn mit Funk und automatischer Geschwindigkeitsüberwachung
Besichtigungs-Spaziergang auf der Südost-Tangente
Saisonbeginn für 4.200 Gemeindeurlauber
Österreichischer Städtetag 1978
Zentrum für Bluterkrankungen eröffnet

Lokal:
(orange)

Die Wiener Verkehrsbetriebe am 1. Mai
"Wien - eine Chance für die Frau" - Ausstellungseröffnung
Maifest für Kinder auf dem Rathausplatz abgesagt
Steinerne Hochzeit in Lains

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

stadtbahn mit funk und automatischer geschwindigkeitsueberwachung

1 wien, 28.4. (rk) eine wichtige verbesserung auf der stadtbahn wird ab kommenden montag wirksam: ab diesem tag werden die ersten neun triebwagen eingesetzt, die mit funk, geschwindigkeitsueberwachung und besseren beleuchtungseinrichtungen ausgestattet sind. bekanntlich hatte stadtrat franz n e k u l a angeordnet, als sofortmassnahme bis zur umstellung der stadtbahn auf u-bahn-betrieb beziehungsweise bis zum einsatz der neuen zweirichtungs-triebwagen die derzeit eingesetzten garnituren mit diesen zusaetzlichen sicherheitseinrichtungen auszuruesten.

dieses umbauprogramm ist nun voll angelaufen. die nachgeruesteten wagen werden laufend ausgeliefert. bis zum herbst werden alle 96 triebwagen umgebaut sein.

und so sehen die verbesserungen im einzelnen aus:

- 1) funkausruetzung: der fahrer ist per funk mit der zentrale verbunden. er kann jede wahrnehmung auf der strecke sofort melden und wird seinerseits ebenfalls sofort ueber besondere vorkommnisse informiert.
- 2) geschwindigkeitsueberwachung: nach einem rot-signal (beziehungsweise nach einem gestoerten signal) kann die fahrt nach einer wartezeit bekanntlich mit vermindelter geschwindigkeit fortgesetzt werden. der zug wird nunmehr automatisch eingebremst, wenn dabei die geschwindigkeit von 15 stundenkilometern ueberschritten wird.
- 3) scheinwerfer: die triebwagen werden mit starken scheinwerfern ausgestattet, so dass die sichtverhaeltnisse besonders in den tunnelabschnitten wesentlich verbessert werden.
- 4) schlusslicht: das rote schlusslicht wird von einer batterie gespeist, so dass es bei einem stromausfall auf jeden fall automatisch eingeschaltet bleibt. (ger)

k o m m u n a l :

=====

besichtigungs-spaziergang auf der suedost-tangente

2 wien, 28.4. (rk) vor der verkehrsfreigabe der gesamten suedost-tangente, die bekanntlich am 12. mai erfolgt - gerade rechtzeitig vor dem pfingstverkehr und zehn wochen frueher als urspruenglich vorgesehen - ladet buergermeister leopold g r a t z zur besichtigung des abschnittes anschlussstelle favoriten - knoten landstrasse am sonntag, dem 7. mai, zwischen 14 und 17 uhr, ein.

die suedost-tangente fuehrt von der suedautobahn in den osten und norden wiens. der bau dieser modernst ausgestatteten verbindung hat rund zwei milliarden schilling gekostet und wurde aus bundesmitteln finanziert. die besondere bedeutung der suedost-tangente liegt darin, dass sie ausgedehnte wohngebiete vom durchzugsverkehr entlasten und damit fuer tausende wiener bessere wohnverhaeltnisse schaffen wird.

das programm fuer den spaziergang auf wiens neuer hochleistungsstrasse wird von viennesen verteilt werden und ist auch in der stadtinformation, schmidthalle des rathauses, erhaeltlich. die strecke zwischen der anschlussstelle favoriten und dem knoten landstrasse ist rund 2,5 kilometer lang. von 13.30 bis 16.30 werden am 7. mai sonderautobusse die wienerinnen und wiener von folgenden abfahrtsstellen zur anschlussstelle favoriten bringen:

- o 3, landstrasser hauptstrasse, rochusmarkt
- o 10, reumannplatz, u-bahn-station
- o 11, simmeringer hauptstrasse 100, endstation der linie 15 a.

die sonderbusse fahren in kurzen intervallen, die benuetzung ist gratis.

bei der anschlussstelle favoriten, wo der spaziergang auf der suedost-tangente beginnt, wird die gardemusik wien konzertieren. beim landstrasser knoten musiziert die kapelle der wiener verkehrsbetriebe. vom landstrasser knoten werden die spaziergaenger zwischen 15 und 17.30 uhr mit den autobussen wieder zu den abfahrtsstellen zuruecktransportiert.

wer die suedost-tangente besichtigt, erhaelt bei der anschlussstelle favoriten eine karte und beim verlassen der suedost-tangente

beim Landstrasserknoten einen stempel darauf. diese karte ist als erinnerung gedacht. sie kann aber auch an die stadtinformation geschickt werden, die dafuer eine freikarte fuer eine rundfahrt modernes wien ausgibt, die nach der verkehrsfreigabe am 12. mai jeden donnerstag ueber die suedost-tangente fuehren wird. teilnehmer an der rundfahrt lernen dadurch auch das "fahrgefuehl" auf der neuen hochleistungsstrasse kennen und sehen ausserdem viel neues in wien, wie etwa den wohnpark alt-erlaa, das neubauegebiet am schoepfwerk, das bezirkshallenbad in simmering, die hauptklaeranlage und das prater-hallenstadion. (we)

0827

k o m m u n a l :

=====

saisonbeginn fuer 4.200 gemeindeurlauber

3 wien, 28.4. (rk) kommenden mittwoch, den 3. mai, um 8 uhr, wird gesundheits- und sozialstadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r vor der schmidthalle des rathauses den ersten turnus von gemeindeurlaubern verabschieden. die ersten urlauber dieses jahres werden mit festlich geschmueckten autobussen zu einem 14taegigen erholungsurlaub nach goestling, kirchberg, rabenstein, rastenfeld und wegscheid in niederoesterreich fahren. bis einschliesslich 27. september werden an jedem mittwoch von der schmidthalle aus insgesamt mehr als 4.200 gemeindeurlauber mit autobussen in eine der zwei pensionen im burgenland, in niederoesterreich und in der steiermark fahren, um dort einen erholsamen urlaub zu verbringen.

die landaufenthaltsaktion wurde bereits im jahre 1952 ins leben gerufen. sie ist vor allem fuer aeltere menschen - dauersozialhilfebezieher und besucher der pensionistenklubs - bestimmt, die nicht mehr allein auf urlaub fahren koennen. in den urlauberpensionen stehen daher betreuerinnen zur verfuegung, die sich um jeden gast kuennern. seit beginn dieser urlaubsaktion haben bisher bereits mehr als 68.000 urlauber - fuer viele war es der erste urlaub ihres lebens - teilgenommen. (zi)

0847

L o k a l :

=====

die wiener verkehrsbetriebe am 1. mai

4 wien, 28.4. (rk) am 1. mai wird der strassenbahn-betrieb erst um 14 uhr ab ring, beziehungsweise um 13.45 uhr ab den betriebsbahnhöfen aufgenommen. zum gleichen zeitpunkt beginnt auch der verkehr auf der u-bahn, der stadtbahn und den autobuslinien. die innerstaedtischen autobuslinien werden am 1. mai nicht betrieben, ebenso bleiben die betriebseigenen vorverkaufsstellen und die abteilung fuer tarifangelegenheiten in wien 6, rahlgasse 3, geschlossen. (mf)
0849

"wien - eine chance fuer die frau"
am 5. mai ausstellungseroeffnung

5 wien, 28.4. (rk) "wien - eine chance fuer die frau" ist der titel der ausstellung, die von 5. bis 24. mai in der volkshalle des wiener rathauses zu sehen ist. die ausstellung soll den wienerinnen - und den wienern - die moeglichkeit geben, sich umfassend ueber die situation der frau, ueber die von der stadt wien fuer die frauen und die familien geschaffenen einrichtungen, ueber die arbeitssituation der frau und ihre leistungen in der gesellschaft zu informieren. (hs)

0859

k o m m u n a l :

=====

staedtetag (1):

foederalismus aus der sicht der gemeinden

8 wien, 28.4. (rk) unter dem vorsitz von buergermeister
b a r w i t z i u s (wr. neustadt) nahm der oesterreichische
staedtetag am freitag seine diskussion ueber den foederalismus
auf gemeinde-, landes- und bundesebene in oesterreich auf.

im ersten referat betonte buergermeister dipl.-ing. fritz
m a y e r (bregenz), dass der foederalismus nicht bei den laendern
enden duerfe, sondern auch auf die gemeinden angewendet werden
muesse. dies sei eine nahezu historische forderung, denn die bildung
von freien gemeinden gehe bis auf das mittelalter zurueck und die
geschichte der gemeindeorganisationen koenne als geschichte der
demokratischen entwicklung bezeichnet werden. es sei laengst nachge-
wiesen, dass kommunale und staatliche politik gleichen regeln ge-
horchen. daraus ergebe sich die forderung, den bereich der lokalen
politik in ein neues foederalismuskonzept mit einzubeziehen. die
laender ihrerseits muessten selbst dazu bereit sein, den foedera-
lismus auch nach unten auszuweiten. ein weiterer grund fuer das
foederalismusbestreben der gemeinden ist, dass die landespolitik
nicht in der lage sei, taeglich lebensnahe massnahmen und ent-
scheidungen zu treffen. das interesse der menschen am politischen
geschehen auf dem kommunalsektor sei daher groesser als auf landes-
ebene.

der hohe verschuldungsgrad der gemeinden sei keine folge der
miswirtschaft, sondern zum teil eher eine folge von selbstent-
lastungsmassnahmen der laender. die oekonomische analyse des ver-
haeltnisses zwischen gemeinden und laendern beweist, dass der
foederalismus in oesterreich oft vor den gemeindegrenzen halt macht.
die einbindung der gemeinden in die foederalistischen prinzipien
sei ein beitrag zur demokratie.

buergermeister mayer stellte den antrag, die zusammenarbeit
nicht auf bund und laender zu beschraenken und die gemeinden
in vielen bereichen als gleichberechtigten partner von bund und
laender anzusehen. der antrag wurde einstimmig angenommen. (ba)
(forts)

k o m m u n a l :

=====

staedtetag (2):

maurer zu foederalismus und finanzausgleich

9 wien, 28.4. (rk) zu fragen des foederalismus und des finanzausgleiches nahm landeshauptmann andreas m a u r e r stellung. die gewichte im oesterreichischen bundesstaat seien von anfang an so verteilt gewesen, dass sich ein starkes uebergewicht des bundes ergab. diese dominanz sei in der folge noch verstaerkt worden. die laender versuchen, das foederalistische prinzip zu sichern, verlorene rechte wieder zu erringen und den dezentralen einrichtungen eine staerkere beteiligung zu sichern. die laender haben den bund konstituiert, nicht umgekehrt. die forderungen der laender seien realisierbar, ohne eine gesamtreform der bundesverfassung notwendig zu machen. zwischen den laendern einerseits und den staedten und gemeinden andererseits besteht eine durch intensive zusammenarbeit gekennzeichnete partnerschaft. in der dezentralisierung sei eine garantie fuer die sicherung der freiheit des einzelnen zu sehen.

die letzten jahrzehnte haben eine enorme ausweitung der staatsmacht, vor allem auf wirtschaftlichem gebiet, gebracht. die laender und gemeinden als natuerliche gegenpole der zentralmacht haetten deshalb in groesstmoeeglichem umfang sicherungsfunktionen zu erfuel- len. international faenden die dezentralen einrichtungen immer groessere beachtung. fuer die grenzziehung zwischen zentralen, regionalen und lokalen angelegenheiten seien verfahrenstechnische regelungen sinnvoll. die laender haben dem gedanken des kooperativen foederalismus bahn gebrochen.

beim finanzausgleich gebe es eine uebermacht des bundes. die laender seien letztlich darauf angewiesen, was ihnen vom bund zuge- teilt wird. der derzeit gueltige finanzausgleich habe gegenueber dem des jahres 1967 verbesserungen gebracht. man muesse aber nunmehr feststellen, dass die verbesserungen hinter den erwartungen der laen- der und gemeinden zurueckgeblieben sind. der bund habe sich zu- saetzliche einnahmen verschafft, ohne die laender daran zu betei- ligen. im neuen finanzausgleich muesste verankert sein, dass die zu- saetzlichen abgabeerloese auch den uebrigen partnern zugaenglich

sind. der finanzausgleich sollte nicht nur durch einen beschluss des nationalrates, sondern erst nach genehmigung auch durch laender und gemeinden wirksam werden. auf die aufgaben aller gebietskoerperschaften muesse ruecksicht genommen werden.

im zusammenhang mit dem abgestuften bevoelkerungsschluessel vertrat maurer die ansicht, dass sich die forderung nach dessen abschaffung beziehungsweise modifizierung nicht gegen die staedte richte. die oertlichen und ueberoertlichen funktionen sollen vielmehr besser als bisher beruecksichtigt werden, wobei fuer deren beurteilung aber nicht die einwohnerzahl ausschlaggebend sei. laender und gemeinden sollten eine gesetzlich gleichberechtigte stellung in den verhandlungen geniessen.

ein umstrittenes problem sei die landesumlage. in nieder-oesterreich werde in kuerze eine gesetzesvorlage in den landtag kommen, durch die die landesumlage zur gaenze fuer die foerderung kommunaler aufgaben zweckgebunden werden soll. man duerfe nicht uebersehen, dass durch diese mittel fuer das land die moeglichkeit zu einem strukturausgleich besteht. maurer verlieh der ueberzeugung ausdruck, dass es bei beachtung der gleichwertigkeit der verhandlungspartner gelingen werde, beim finanzausgleich eine befriedigende loesung zu finden. (ger) (forts)

k o m m u n a l :

=====

staedtetag (3):

Lanc: demokratisierung der bezirksverwaltungen notwendig

10 wien, 28.4. (rk) in seinem referat zum thema "foederalismus aus der sicht des bundes" erklarte bundesminister erwin L a n c , dass seit 1970 wesentliche aufgabenbereiche des bundes in landeskompetenz gekommen sind, dass jedoch ein bereich nicht verwirklicht ist: die demokratisierung der bezirksverwaltungen.

mit der bundes-verfassungsnovelle 1974 wurden sonderrechte des bundes abgebaut. der instanzenzug wurde im sinne einer verwaltungsreform abgekuerzt und ein besonders geeignetes instrumentarium fuer eine verwirklichung des kooperativen bundesstaates wurde rechtlich geschaffen.

es waere jedoch falsch verstandener foederalismus, meinte lanc, wenn unter diesem titel etwa alle foerderung des bundes fuer gemeinden nur ueber die laender zugaenglich sein sollten, wenn aufgabenbereiche des bundes, die rein technisch einen direkten bezug zu den buergern haben, nicht auch unmittelbar weiterhin vom bund wahrgenommen werden sollten. "dort wo uns die technik zusammenfuehrt, sollten wir das nicht als gefaehrdung des foederalismus bekaempfen", sagte lanc. "neun laender im fernsehen: ja, neun laenderfernsehen: nein". auch gesamtstaatliche sicherheitsaufgaben sollten als bundeskompetenz ausser streit stehen.

mit der gemeinde-verfassungsnovelle 1962 ist es gelungen, zu einer entscheidenden gemeindeautonomie einen bedeutenden durchbruch zu erzielen. mit der echten selbstverwaltung in den gemeinden sind ungeheure schoepferische energien freigesetzt worden, die wesentlich zum wirtschaftlichen aufschwung beigetragen haben.

eine alte forderung des kooperativen bundesstaates ist jedoch bisher voellig vernachlaessigt geblieben, obwohl bereits 1955 sozialistische abgeordnete einen diesbezuglichen initiativantrag gestellt haben: die demokratisierung der bezirksverwaltungen. eine solche entwicklung geht bis auf die forderungen der buergerlichen revolution von 1848 zurueck. in der ersten republik wurden in der steiermark versuche gemacht. einzelne aufgabenbereiche, etwa auf dem fuersorgesektor, wurden autonomen bezirksvertretungen ueber-

tragen. dieses modell ist 1938 mit oesterreich untergegangen.

zur konkretisierung praesentierete lanc folgendes denkmodell: eine bundesverfassungsgesetzliche regelung haette vorzusehen, in jedem politischen bezirk einen selbstverwaltungs koerper einzurichten. dieser solle jene wirtschaftlichen aufgaben erfuehlen, die ueber die finanzielle oder administrative kraft der einzelnen gemeinden hinausgehen. das wuerden wasserversorgung, abwaesserbeseitigung, muellabfuhr etc. sein. auch abstimmung der oertlichen raumplanung und fremdenverkehrsplanung koennte dazu zaehlen.

das sind aufgaben mit groesserem organisations- beziehungsweise investerungsbedarf. ihre bewaeltigung erfordert politische entscheidungen. dafuer waere ein rechtstraeger geeignet, der durch politische organe geleitet und kontrolliert wird, deren organisation allen buergern der beteiligten gemeinden ein mitentscheidungsrecht garantiert.

erreichbar waere sicher eine verbesserte transparenz fuer viele buerger unmittelbar betreffende verwaltungsakte, eine groessere ueberschaubarkeit politischen geschehens im ueberkommunalen bereich. diese erwartung wird durch die guten erfahrungen mit den gewaehlten bezirksvertretungen in wien gestuetzt, wo die bezirksraete der bevoelkerung rechenschaft ueber alle politischen entscheidungen ablegen und umgekehrt wuensche und anregungen direkt der bezirksverwaltung zur kenntnis bringen.

"heutiger foederalismus kann meiner meinung nach nur ein weiteres fortschreiten auf dem weg der demokratisierung bedeuten", schloss lanc seine ueberlegungen. (smo) (forts)

k o m m u n a l :

=====

staedtetag (4):

mehr mittel fuer die gemeinden

11 wien, 28.4. (rk) in seinem referat "finanzausgleich in einem foederalistischen staat" gab buergermeister b a r w i t z i u s aus wiener neustadt einen ueberblick zum finanzausgleichsgesetz von 1973. trotz des allgemeinen konsenses bei den verhandlungen zum finanzausgleichsgesetz 1973, das vor allem eine finanzielle besserstellung der gemeinden sichern sollte, sei die tatsaechliche entwicklung unter den erwartungen geblieben. die mehreinnahmen der gemeinden seien bescheiden, fuer 1976 werden sie auf eine milliarde geschaetzt, was knapp zwei prozent der gesamteinnahmen ausmache.

als besonderes problem eines foederalistischen finanzausgleichs wird die landesumlage betrachtet, die von den laendern auf die gemeinden aufgeteilt wird und die praktisch eine beststeuerung der finanzschwaecheren gemeinden durch die finanzstaerkeren laender darstellt. es ergeben sich deutliche differenzen zwischen den groesseren und kleineren gemeinden. auch die diskussion um den abgestuften bevoelkerungsschluessel gehe an der realitaet vorbei. einem foederalistischen und kooperativen staatswesen entsprechend sollen die gemeinden bei der festlegung von foederungsgesichtspunkten, bei der art der umlegung einzelner betraege und umlagen und bei der ausarbeitung von richtlinien fuer die vergabe von bedarfszuweisungen mitwirken. angesichts der wirtschaftlichen entwicklung der letzten jahre, die unter anderem zu einer stagnation der ertraegnisse aus wichtigen steuerquellen fuer die gemeinden und bei den ausgaben sogar zu einer senkung der realen investitionsquote gefuehrt hat, komme einer entscheidenden verbesserung der finanziellen lage der gemeinden hoechste bedeutung zu. ein foederalistisches staatswesen sei nur dann gesichert, wenn auch die gemeinden mit den mitteln ausgestattet sind, die sie fuer die erfuehlung ihrer aufgaben benoetigen.

buergermeister barwitzius stellte den antrag nach einer verstaerkten finanzausstattung fuer die gemeinden im rahmen des naechsten finanzausgleichs. (ba) (forts)

k o m m u n a l :

=====

staedtetag (5):

diskussion

13 wien, 28.4. (rk) nach dem referat von buergermeister barwitzius meloeten sich der grazer buergermeister ddr. alexander goetz, der wiener finanzstadtrat hans mayr und der generalsekretaer des oesterreichischen staedtebundes, 2. landtagspraesident otto schweda, zu wort.

buergermeister goetz kritisierte, dass in einem antrag zum staedtetag nur auf die bemuehungen der laender, ihre kompetenzen auf dem gebiet des abgabenwesens auszuweiten, ausdruecklich hingewiesen wird. er, goetz, sei zwar auch dafuer, dass diese bemuehungen nicht zu einer einschraenkung des anteils der gemeinden an den abgabenertraegen fuehren duerfen. was fuer die laender gelte, muesse aber auch fuer den bund gelten, und daher sollte der antrag in diesem sinne erweitert werden. weiter trat goetz dafuer ein, dass den laendern und den gemeinden keine zusaetzlichen aufgaben uebertragen werden, ohne dass sie ihnen abgegolten werden.

die in der oeffentlichkeit bereits heftig gefuehrten diskussionen um einen neuen finanzausgleich sollten besser in einer sachlichen auseinandersetzung in den zustaendigen gremien des staedtebundes, der laender und des bundes gefuehrt werden, forderte finanzstadtrat hans mayr. wenn inzwischen forderungen von buergermeistern erhoben wurden, die sich gegen andere staedte richten, so schwaecht das sehr deutlich das politische durchsetzungsvermoegen aller staedte. wenn wir als staedte in den kommenden finanzausgleichsverhandlungen bestehen wollen, so sollten wir die diskussionen im rahmen unserer interessensvertretung, des staedtebundes, fuehren, um dann in den verhandlungen als einheit auftreten zu koennen.

der ruf nach mehr geld ist zwar aus der sicht jedes einzelnen buergermeisters und vertreeters einer gebietskoerperschaft verstaendlich, es wuerde aber nicht schaden, wenn diesem ruf ein wenig an sachlicher begruendung folgen wuerde. die forderung nach einem ausgleich zwischen den landeshauptstaedten ist rechtlich bedenklich, da wahrscheinlich verfassungswidrig, und haelt auch einer faktischen

beurteilung nicht stand. es gibt keine sachliche begruendung, nur zwischen landeshauptstaedten einen solchen ausgleich herbeifuehren zu wollen, da es innerhalb von bundeslaendern staedte gibt, die an die einwohnerzahl der entsprechenden landeshauptstadt herankommen und die mit gleichem recht eine solche forderung erheben koennten.

die grossen staedte sind nicht mehr in der lage, ueber den abgestuften bevoelkerungsschluessel zu diskutieren. mayr erinnerte, dass in der ersten republik nicht der hoehere bedarf das motiv fuer die einfuehrung des abgestuften bevoelkerungsschluessels war, sondern die hoehere steuerleistung der staedte. da jeder finanzausgleich eine enorme umverteilung von den industriegemeinden zu den landgemeinden ist und auch sein muss, wollte man mit dem abgestuften bevoelkerungsschluessel ein wenig korrigieren. die grossen staedte bekennen sich zur verbundenen finanzwirtschaft und zu einer notwendigen umverteilung. allerdings muss die grenze dort gesetzt werden, wo die leistungskraft der staedte in frage gestellt wird.

buergermeister g o e t z sprach sich in einer zweiten wortmeldung auch gegen ein freistilringen innerhalb der staedte aus. nach goetz gehe es darum, die elementaren erfordernisse der gemeinden und der laender gegenueber dem bund zu vertreten. allerdings muss es zwischen den staedten und gemeinden einen regionalen ausgleich geben.

generalsekretaer s c h w e d a erwiderte, dass es diesen regionalen ausgleich bereits gibt. eine reihe groesserer staedte leidet darunter und bekennt sich trotzdem dazu. nach schweda bestehe keine notwendigkeit, den antrag des staedtetages zum finanzausgleich in dem von buergermeister goetz gewuenschten sinne zu erweitern, da in diesem antrag eindeutig erklaert wird, dass einseitige aenderungen der durch den finanzausgleich geschaffenen situation abzulehen sind.

der antrag des staedtebundes zum finanzausgleich, in dem im wesentlichen der schwerpunktforderungskatalog vom staedtetag 1977 enthalten ist, wurde mit ueberwaeltigender mehrheit bei fuenf gegenstimmen angenommen. (sei) (forts)

k o m m u n a l :

=====

staedtetag (6):

schlusswort

12 wien, 28.4. (rk) in seinem schlusswort gab buergermeister prof. viktor w a l l n e r (baden) einen kurzen ueberblick ueber die beratungen des staedtetages 1978. der gedanke des foederalismus soll auch auf die gemeinden ausgedehnt werden. aber der foederalismus soll bei der gemeinde nicht zu ende sein. der buerger stehe in der demokratie am beginn und am ende aller entwicklungen, er stehe auch im mittelpunkt des foederalismus-gedankens. die ausstattung mit finanziellen mitteln sei die grundvoraussetzung fuer die erfuellung der aufgaben der gemeinden. der finanzausgleich soll eine verbesserung und eine differenzierung nach den verschiedenen aufgaben bringen. mit der schlussansprache von buergermeister wallner war der oesterreichische staedtetag 1978 beendet. (ger) (schluss)

1208

L o k a l :

=====

steinerne hochzeit in lainz

14 wien, 28.4. (rk) das seltene fest der steinernen hochzeit feiern franz und amalie s c h e r z am 30. april: sie sind dann 67 1/2 jahre verheiratet. aus diesem anlass ueberbrachte ihnen bezirksvorsteher eugen g u t m a n n s b a u e r freitag im pflegeheim lainz neben einem ehrengeschenk der stadt wien auch die glueckwuensche der hietzinger.

franz scherz - er wird im september 92 jahre alt - wuchs im waisenhaus auf, fuehrte vom ende des ersten weltkrieges bis 1927 ein eigenes gruenwarengeschaeft, war darauf ein jahr lang kutscher und zwischen 1928 und 1938 arbeitslos. bis 1956 war er dann nochmals kutscher. amalie scherz ist 87 jahre alt. von den vier kindern des ehepaares lebt nur mehr eines. (and)

1245

maifest fuer kinder auf wiener rathausplatz abgesagt

7 wien, 28.4. (rk) wie das kulturamt der stadt wien, landesjugendreferat, der "rathaus-korrespondenz" mitteilt, wurde das maifest fuer kinder und jugendliche, das am 1. mai, ab 14 uhr, auf dem rathausplatz haette stattfinden sollen, abgesagt. (am)

1000

k o m m u n a l :

=====

zentrum fuer bluterkrankungen eroeffnet

15 wien, 28.4. (rk) im hanuschkrankenhaus wurde freitag oesterreichs erstes zentrum fuer bluterkrankungen eroeffnet. die eroeffnung nahm gesundheitsminister dr. ingrid l e o d o l t e r in anwesenheit von nationalratspraesident anton b e n y a , buergermeister leopold g r a t z , stadtrat hans m a y r , dem obmann der wiener gebietskrankenkasse, nationalratsabgeordneter karl s e k a n i n a , dem generaldirektor der wiener gebietskrankenkasse, hofrat dr. otmar p a s c h e r , sowie zahlreichen ehrengaesten vor.

vorstand des neuen zentrums ist univ.-prof. dr. alois s t a c h e r , leiter der 3. medizinischen abteilung des hanuschkrankenhauses und leiter des ludwig boltzmann-institutes fuer leukaemieforschung und haematologie. der neubau des mit einem kostenaufwand von 76 millionen schilling - von dem je ein drittel das gesundheitsministerium, die stadt wien und die sozialversicherungstraeger uebernahmen - errichteten haematologisch-onkologischen zentrums wurde im fruehjahr 1976 begonnen und im dezember 1977 abgeschlossen.

die errichtung des zentrums war, wie im rahmen eines pressegespraeches mitgeteilt wurde, infolge des bettenmangels in der bisher bestehenden haematologischen station notwendig geworden. der neubau verfuegt ueber zwei ambulanzten mit einem warteraum fuer rund 120 personen, einer bettenstation mit 70 betten, wobei die krankenzimmer mit hoechstens drei betten belegt sind, sowie verschiedene ambulatorien und spezialeinrichtungen. so gibt es neben einer eigenen blutbank ein gerinnungslabor, eine zellbank zum einfrieren der verschiedensten blutelemente bei minus 170 grad im fluessigen stickstoff. ferner verfuegt das zentrum ueber zwei sogenannte zellseparatoren, mit deren hilfe die abnahme beziehungsweise der austausch von blutelementen und leukozyten (weisse blutkoerperchen) ermoeגlicht wird. ergaenzt werden diese spezialeinrichtungen noch durch zwei sterile zelte fuer immuntherapeutische behandlung leukaemiekranker patienten.

Laut prof. stacher konnten gerade in den letzten jahren grosse

fortschritte in der behandlung von blut- und lymphdruesenkrebs erzielt werden. viele patienten, die frueher hoechstens fuer einige wochen am leben erhalten werden konnten, koennen heute aufgrund der erfolgreichen wissenschaftlichen arbeit noch jahrelang leben und dabei auch ihrem beruf nachgehen. das wiener zentrum, das mit saemtlichen institutionen und allen aehnlichen zentren in aller welt zusammenarbeitet, soll fuer besonders schwierig zu diagnostizierende und behandelnde faelle betten bieten, beziehungsweise sollen andere krankenhaeuser serviceleistungen - wie etwa probeuntersuchungen, beratungen und aehnliches - erhalten. aehnliche zentren gibt es in europa, bisher in paris, london, bukaresst und prag. (zi)

1302